

Wir und die kommenden Sintfluten

Das Zeitfenster, um dramatische Klimawandelfolgen abzuwenden, schließt sich

Klaus Taschwer

Das geflügelte Wort wird gemeinhin der Marquise de Pompadour in die Schuhe geschoben. Die Adelige wollte sich eine rauschende Party durch schlechte Nachrichten nicht verderben lassen und tat deshalb den legendären Ausspruch: Bis heute gilt „Après nous le déluge!“ – „Nach uns die Sintflut!“ – als beliebte Formel, um Indifferenz und Verantwortungslosigkeit gegenüber der Zukunft zum Ausdruck zu bringen.

Die Bewohner einiger österreichischer Gemeinden haben solche Sintfluten freilich gerade hinter sich: Überschwemmungen und Vermurungen haben auch in diesem Sommer bereits enorme Schäden angerichtet. Nahezu zeitgleich konnte ein internationales Forscherteam in einer bahnbrechenden Studie nun erstmals zeigen, dass der menschengemachte Klimawandel in den letzten Jahrzehnten einen eindeutigen Einfluss auf die Überflutungen in Europa gehabt hat – wenn auch „nur“ auf den Zeitpunkt der Hochwasserereignisse.

Sehr viel direkter ist der Zusammenhang der globalen Erderwärmung mit der anderen, ganz großen „Sintflut“: Der Meeresspiegel stieg in den letzten Jahren immer schneller, was bereits erste Auswirkungen auf Inseln und Küsten hat. Unklar ist nur, um wie viel das Meer in den nächsten Jahrzehnten mehr wird: Für das Jahr 2100 schwanken die Prognosen zwischen 50 Zentimetern und zwei Metern.

Um solche und andere dramatische Klimawandelfolgen halbwegs in Grenzen zu halten, wurde 2015 im Übereinkommen von Paris das ambitioniertere Ziel festgeschrieben, die globale Erwärmung bis zum Ende dieses Jahrhunderts im Idealfall auf 1,5 Grad Celsius, jedenfalls aber auf zwei Grad Celsius zu begrenzen. Dadurch wären zahlreiche Folgen der globalen Erwärmung bestenfalls gemildert, nicht aber abgewendet: Der Anstieg des Meeresspiegels wird für Hunderte von Jahren weitergehen.

Doch um auch nur die Zwei-Grad-Grenze für das 21. Jahrhundert zu erreichen, sind in den nächsten Jahren und Jahrzehnten dramatische Maßnahmen nötig, wie zumindest den Klimaforschern klar ist, die am Pariser Übereinkommen beteiligt waren: So müssten etwa die weltweiten Treibhausgasemissionen bis 2050 um mindestens die Hälfte sinken, in den Industrieländern um 80 bis 95 Prozent.

Dafür wäre es nötig, quasi hier und jetzt zu beginnen, denn das Zeitfenster ist sehr knapp bemessen, um die tiefgreifenden Reformen auf Schiene zu bringen. Passierten diese Veränderungen nämlich nicht rechtzeitig, seien die Folgen für den Planeten unumkehrbar, warnen Klimaforscher.

Angesichts dieser dramatischen Appelle und Prognosen der Wissenschaft verhält man sich heute in vielen Teilen der Politik, der Wirtschaft und auch der Bevölkerung so wie die Marquise de Pompadour vor 260 Jahren. Man will sich das Fest – also die Profite, das Wirtschaftswachstum und den

Wohlstand – nicht durch schlechte Nachrichten und unangenehme Wahrheiten verderben lassen.

US-Präsident Donald Trump mag nicht nur in dieser Hinsicht ein besonders ignoranter Volksvertreter sein. Doch auch im hiesigen Wahlkampf spielt dieses wohl wichtigste globale Problem der Zukunft eine erstaunlich geringe Rolle. Das Dumme daran ist nur: Wenn der Menschheit aufgrund des Klimawandels in den nächsten Jahrzehnten das Wasser – buchstäblich oder im übertragenen Sinn – bis zum Hals stehen wird, ist es definitiv zu spät, dagegen noch etwas zu tun.

KOPF DES TAGES

Ehemaliger Starrrichter geht in die Politik



**Baltasar Garzón will in
Spanien weiter die
Korruption bekämpfen.**

Foto: AFP

Dass man ihn „Tyrannenjäger“ oder „Starrrichter“ nennt, war ihm stets unangenehm. Doch beides trifft auf Baltasar Garzón Real zu, den 1955 im andalusischen Bergdorf Torres als zweites von fünf Kindern eines Olivenbauern geborenen ehemaligen Untersuchungsrichter. Garzón besuchte erst Priesterseminare in Baeza und Jaén und studierte dann Jus an der Universität von Sevilla.

1988 kam er über Provinzgerichte an den Madrider Nationalgerichtshof, wo er sich dem Kampf gegen die baskische Terrororganisation Eta widmete, deren Morddrohungen er trotzte, und von wo aus er Galiciens Kokainkartelle zerschlug.

Nach einem Intermezzo 1993/94 als sozialistischer Abgeordneter und Staatssekretär nahm er sich, enttäuscht vom zahnlosen Vorgehen des Staates gegen Korruption, des Staatsterrors unter Ex-Premier Felipe González durch die GAL (Grupos Antiterroristas de Liberación) an.

Garzón galt über Jahrzehnte als Vorreiter in Sachen internationale Strafgerichtsbarkeit. Der Haftbefehl gegen Chiles Ex-Diktator Augusto Pinochet 1998 wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit war Garzóns erster internationaler Coup und verschaffte ihm Medienpräsenz. Pinochet wurde

von Scotland Yard festgenommen. Seine Causa zu den „Todesflügen“ der argentinischen Militärjunta, die politische Häftlinge aus Flugzeugen werfen ließ, war seine wohl erfolgreichste. Sie führte zur Verurteilung des Marineoffiziers Adolfo Francisco Scilingo zu 640 Jahren Haft. Al-Kaida-Chef Osama Bin Laden zitierte Garzón 2003 erfolglos vor Gericht. Auch die Causa wegen Folter im US-Gefangenenlager Guantánamo scheiterte bisher. Er engagierte sich auch als juristischer Berater von Wikileaks-Gründer Julian Assange.

In Spanien wurden Garzón seine Ermittlungen zum noch laufenden „Gürtel“-Korruptionsfall

im rechtskonservativen Partido Popular zum Verhängnis: Mit einem illegalen Lauschangriff überschritt er seine Befugnisse. Das Höchstgericht verurteilte Garzón 2012 zu elf Jahren Berufsverbot. Parallel wurde ihm aufgrund seiner Klage wegen der Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Prozess gemacht, er wurde aber freigesprochen.

Nun wagt sich der 61-jährige, verheiratete Vater dreier Kinder mit der Neolinksparterie Actúa noch einmal auf das Politparkett – mit dem Ziel, die Linke für „einen radikalen Wandel“ zu einen. Und die Korruption zu bekämpfen.

Jan Marot